

Gemeinsam gegen Armut und Hunger



**60 Jahre Kooperation von Staat und Kirchen
in der Entwicklungszusammenarbeit**



Inhalt

Für eine versöhnte, befreite und gerechte Weltgemeinschaft

Die Rolle der kirchlichen Zentralstellen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

4

Gegen Hunger und Not

Die 1960er Jahre

6

Politisierung und Solidarisierung

Die 1970er Jahre

8

Professionalisierung und Spezialisierung

Die 1980er und 1990er Jahre

10

Globalisierung und Zivilgesellschaft

Die Jahre seit 2000

13

Für ein Leben in Würde

Resümee und Ausblick

18

Impressum

Herausgeber Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin, Tel 030 65211 4711, www.brot-fuer-die-welt.de

Redaktion Th. Lichtblau, A. Mellmann (V.i.S.d.P.)

Fotos J. Böhling: Titel, S. 19 r.; Brot für die Welt: S. 4, 5, 6, 8; P. Jeffrey: S. 11 r., 13; F. Kopp: S. 9 l., 12, 15, 19 l.; Ch. Krackhardt: S. 2 l.; Th. Lohnes: S. 14 r., 18; E. Miller: S. 11 l.; Misereor: S. 7, 9 r.; M. Priske: S. 10; Ch. Püschner: S. 17; K. Schermbucker: S. 16; F. Schultze: S. 2 r., 14 l. **Layout** dieprojektoren.de, Berlin

Druck Spree Druck Berlin **Papier** 100 % Recycling-Papier

Artikelnummer 119 118 390

Liebe Leserin, lieber Leser,

Armut bekämpfen, Gerechtigkeit schaffen und die Schöpfung bewahren – das sind die Anliegen der kirchlichen Zentralstellen für Entwicklungshilfe seit ihrer Gründung 1962. Diese Aufgaben sind bleibend aktuell, die gegenwärtigen multiplen Krisen fordern sie täglich heraus.

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung setzen sich die kirchlichen Entwicklungswerke für die ärmsten und schwächsten Mitglieder der Weltgesellschaft ein. Dank ihres globalen Netzwerks zivilgesellschaftlicher und kirchlicher Partnerschaften können sie auch in schwierigen politischen und gesellschaftlichen Situationen erfolgreich handeln.

Natürlich braucht es auch immer wieder neue Ansätze. Weltweite Machtverschiebungen, die Klimakrise, Digitalisierung und neue politische Konflikte verstärken Fluchtursachen und Migration. Der Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Gruppen wird immer kleiner – diese „Shrinking Spaces“ und der Umgang mit ihnen beschäftigen die Entwicklungszusammenarbeit heute maßgeblich.

Die kirchlichen Entwicklungswerke und alle, mit denen sie zusammenwirken, stellen sich diesen Herausforderungen. Die enge Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ermöglicht es, ihre Arbeit langfristig zu planen und damit nachhaltige Wirkungen zu erzielen.

Als Vorsitzende der Evangelischen und der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe freuen wir uns auch über 60 Jahre vertrauensvoller Zusammenarbeit als Teil der Kirche und im Einsatz für eine gerechtere, friedlichere und versöhnte Welt.

Ihre



Prälatin Anne Gidion
Evangelische Zentralstelle
für Entwicklungshilfe e. V.



Prälat Dr. Karl Jüsten
Katholische Zentralstelle
für Entwicklungshilfe e. V.

Für eine versöhnte, befreite und gerechte Weltgemeinschaft

Die Rolle der kirchlichen Zentralstellen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Es war der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, der den Anstoß für die Kooperation zwischen Staat und Kirchen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit gab. Als er im Herbst 1960 erstmals öffentlich sein Interesse bekundete, die Kirchen als Partner der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zu gewinnen, und ihnen für die Realisierung gemeinsamer Projekte Bundesmittel in Aussicht stellte, steckte die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit noch in den Kinderschuhen: 1958 war auf katholischer Seite das bischöfliche Hilfswerk Misereor ins Leben gerufen worden, 1959 auf evangelischer Seite die Aktion Brot für die Welt.

Gegründet worden waren die Hilfswerke aus Dankbarkeit für die Hilfe, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg aus anderen Ländern erhalten hatte, und in dem Wunsch, dazu beizutragen, die weltweite Not zu lindern und Hunger zu überwinden. Von Beginn an orientierte sich die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit an dem theologischen Prinzip der Option für die Armen und war geprägt von der Vorstellung der Einen Welt. Zentrale Ziele waren die Förderung und Sicherung des Friedens, die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit sowie die Bewahrung der Schöpfung.

Durch die Zusammenarbeit mit den Kirchen wollte die Bundesregierung ihre entwicklungspolitischen Handlungsmöglichkeiten erweitern. Denn ein Teil der so genannten Entwicklungsländer führte damals

Befreiungskriege gegen ehemalige Kolonialmächte, die zu den Verbündeten und Freunden der Bundesrepublik Deutschland zählten. Aus politischen Gründen war eine bilaterale Zusammenarbeit mit diesen Ländern daher nicht möglich. Zudem sah die Bundesregierung in der Kooperation mit den Kirchen eine Chance, die Instrumentarien der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zu erweitern. Über ihre Partner hatten die Kirchen Zugang zu Gruppen und Institutionen vor Ort, mit denen der Staat nicht direkt in Kontakt treten konnte. Und sie waren in der Lage, eigene thematische Schwerpunkte zu setzen, etwa in den Bereichen Gesundheit und Bildung.



Vor allem auf protestantischer Seite gab es anfangs große Vorbehalte im Hinblick auf eine Annahme staatlicher Gelder. Vor allem die Sorge, dass diese mit Auflagen des Staates verknüpft werden könnten, führte zu heftigen Debatten. Letztendlich setzten sich aber diejenigen durch, die für eine Kooperation mit dem Staat plädierten.

1962 wurden schließlich die Evangelische und die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e. V. (EZE und KZE) gegründet. Sie zählen nunmehr seit sechzig Jahren zu den Entwicklungsdiensten der christlichen Kirchen in Deutschland, sind integraler Bestandteil der nicht staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und enger Kooperationspartner des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Gemäß den Grundsätzen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirchen entscheiden die kirchlichen Zentralstellen seitdem eigenverantwortlich, welche Entwicklungsprojekte sie fördern. Die ursprünglichen Befürchtungen der Gründerzeit haben sich nicht bewahrheitet. Mit der Vergabe der Mittel durch das BMZ sind keine politischen Auflagen verbunden. Sie erfolgt nach den Regeln der Bundeshaushaltsordnung, die durch eine Förderrichtlinie ergänzt wurde. Die grundlegenden Prinzipien, auf die sich beide Seiten geeinigt haben, bilden seitdem die Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und sind das Ergebnis einer sorgfältigen Interessenabwägung.

Die kirchlichen Zentralstellen stützen sich hierbei auf das Antragsprinzip. Sie führen in der Regel keine eigenen Entwicklungsprojekte durch, sondern fördern die Anliegen und die Arbeit ihrer Partner vor Ort, mit denen sie sich in der Erreichung gemeinsamer Ziele verbunden fühlen. Es sind die Partnerorganisationen, die die Projekte wirkungsorientiert konzipieren, partizipativ planen, selbständig durchführen, steuern und auswerten und



letztendlich rechtlich und organisatorisch verantworten. Durch die intensive Bindung der kirchlichen Zentralstellen an ihre gut in den jeweiligen Gesellschaften verankerten Partner – oftmals kirchliche oder kirchennahe Organisationen – ist es ihnen möglich, auch in politischen Krisenzeiten oder instabilen Situationen reformorientierte Kräfte zu unterstützen. Die Nähe zu den Menschen selbst in entlegenen Regionen war und bleibt ein zentrales Merkmal des Wirkens der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Heute ist die Evangelische Zentralstelle eingebettet in das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE); die Katholische Zentralstelle (KZE) ist Teil von Misereor. Die Zentralstellen leiten die Bundesmittel an die kirchlichen Entwicklungswerke weiter, die diese in ihrem Auftrag einsetzen. Die kirchlichen Werke verstehen sich dabei nicht als klassische Geberorganisationen, sondern als Teil der Kirche, die berufen ist, sich für eine versöhnte, befreite und gerechte Weltgemeinschaft einzusetzen. ●



Gegen Hunger und Not Die 1960er Jahre

Ausgehend von der Modernisierungstheorie fokussierte sich die staatliche Entwicklungszusammenarbeit in den 1960er Jahren auf Technologietransfer und Industrialisierung. Ziel dieses Ansatzes war es, die Wirtschaft anzukurbeln und einen sozialen Wandel hin zu mehr Wohlstand zu ermöglichen. Für die Zentralstellen waren im Unterschied dazu die ersten Jahre der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit stark durch den Kampf gegen den Hunger sowie das Engagement im Bildungs- und Gesundheitsbereich geprägt. Der Schwerpunkt der Vorhaben lag häufig auf der Förderung von Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere dem Bau von Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Dieser war bereits Teil der

Missionstätigkeit der Kirchen gewesen und bot somit Anknüpfungspunkte für die kirchliche internationale Zusammenarbeit, ohne dabei den missionarischen Charakter zu behalten.

Gegen Ende der 1960er Jahre begannen die kirchlichen Zentralstellen zudem damit, vermehrt Projekte im landwirtschaftlichen Bereich und zum Hausbau in städtischen Armutsvierteln zu fördern. Darüber hinaus gab es hier erste Ansätze für integrierte Entwicklungsprojekte, die auf Verbesserungen in mehreren Lebensbereichen abzielten. Ebenso in diesen Zeitraum fallen die ersten Projekte, die die Selbsthilfe zum ausdrücklichen Ziel erklärten.

Entwicklung von unten Die Indo-Global Service-Society (IGSSS)

Im Jahr 1960 wurde in Neu-Delhi mit Unterstützung von Misereor die Indo-German Social Service Society (IGSSS) gegründet. Sie ermöglichte es Misereor und KZE, sich in Indien zu engagieren, obwohl das Regime das Land damals abschottete. Die Förderung von Projekten begann im Mai 1961. In diesem Jahr wurden insgesamt 78 Projekte bewilligt. Schwerpunkte waren der Aufbau von Krankenstationen und Berufsschulen, die Ausbildung von Krankenschwestern, die Versorgung von städtischen Armenvierteln mit Wasser, die Entwicklung ländlicher Räume sowie Soforthilfemaßnahmen.

Durch und mit IGSSS entwickelte sich schnell der Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe, der noch heute unter der Bezeichnung „Empowerment“ die Arbeit der kirchlichen Entwicklungswerke prägt. Diesem Prinzip



der „Entwicklung von unten“ folgend gestaltete sich die weitere Zusammenarbeit. Der Fokus lag dabei stets auf der dezentralisierten Förderung von Basisorganisationen, die insbesondere die Verbesserung der Lebensbedingungen armer und marginalisierter Gruppen zum Ziel hatte. Die Unterstützung von Adivasi (Indigenen) und Dalits (kastenlose Menschen) waren und sind ein Markenzeichen der Projektarbeit. Inzwischen widmet sich die Organisation, die sich nun Indo-Global Social Service Society nennt, vielen weiteren Themen. So engagiert sie sich für mehr Umweltbewusstsein, Geschlechtergerechtigkeit, die Einhaltung der Menschenrechte, politische Partizipation, die Eindämmung der Folgen des Klimawandels sowie eine friedliche Bewältigung von Konflikten. ◉



Politisierung und Solidarisierung Die 1970er Jahre

Die dominierenden Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit der 1960er Jahre brachten nicht die erhofften Verbesserungen der Lebensbedingungen im Globalen Süden. Auch in den 1970er Jahren ging es daher vor allem darum, zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung wie Ernährung, Gesundheit und Bildung beizutragen. Das schnelle Bevölkerungswachstum stellte sich dabei immer deutlicher als zentrale Herausforderung dar. Es führte zu einer Zunahme der Armut großer Bevölkerungsgruppen. Starke Beachtung fand in dieser Zeit die lateinamerikanische Dependenztheorie, die die Armut der Entwicklungsländer mit ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten erklärte.

Für die kirchlichen Zentralstellen blieben die Förderung sozialer Grunddienste und die Ernährungssicherung zentral. Immer mehr integrierte Projekte ermöglichten

es armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen im ländlichen Raum, ihre Lebenssituation zu verbessern. Gleichzeitig fand eine Politisierung des Engagements statt, das nun nicht mehr nur karitativ motiviert war, sondern auch versuchte, die strukturellen Bedingungen zugunsten der Zielgruppen zu verändern. „Frieden entwickeln“ wurde ein zentrales Motiv der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Zeit war geprägt durch die Solidarisierung mit Befreiungsbewegungen sowie die Kritik an Kapitalismus und Imperialismus. Es entstand ein anderes Verständnis des Begriffs „Entwicklung“ mit Fokus auf sozialer Gerechtigkeit.

In der Folge wurden immer mehr langfristig angelegte integrierte Programme bewilligt, die nicht von vornherein bis ins kleinste Detail geplant waren. Sie zielten hauptsächlich auf die Selbstorganisation benachteiligter Gruppen zur Durchsetzung ihrer Rechte.

Mit vereinter Stimme für mehr Gerechtigkeit Die Comissão Pastoral da Terra (CPT)

Seit ihrer Gründung in den 1970er Jahren unterstützt die Comissão Pastoral da Terra (CPT), ein Projektpartner von Misereor/KZE und Brot für die Welt/EZE, kleinbäuerliche Familien in Brasilien bei der Einforderung ihrer Rechte. Zu dieser Zeit war das Land durch einen entfesselten Kapitalismus und die Militärdiktatur geprägt. So kam es auch zu Gewalttaten an Kleinbauern und -bäuerinnen. Einige von ihnen waren Zugezogene, nur wenige hatten eigene Landtitel. Mit Unterstützung der Nationalen Bischofskonferenz in Brasilien machte die CPT das „Landproblem“ schnell zu einem Thema, das in ganz Brasilien präsent wurde.

Leitend bei den Aktivitäten der Organisation war von Anfang an ein Prinzip, das noch heute Bestand hat: Die Bauern und Bäuerinnen selbst sollten die Protagonist:innen ihrer Aktionen sein. Daher unterstützte CPT sie bei der Bildung eigener Basisorganisationen,

die mit vereinter Stimme Missstände anprangerten und ihre Rechte einforderten.

Später half die CPT kleinbäuerlichen Familien dann auch dabei, sich gegen Vertreibungen aufgrund des Baus von Staudämmen und Wasserkraftwerken zur Wehr zu setzen. Und seit den 1990er Jahren engagiert sich die Organisation vermehrt im Bereich Gewalt gegen Frauen und setzt sich für die Gleichstellung der Geschlechter ein.

Bis heute beruht die Arbeit der CPT auf der Grundlage der Stärkung von Gemeinschaften, Kooperativen oder Bewegungen. Inzwischen steht die nachhaltige Bewirtschaftung des Landes durch agrarökologische Landwirtschaft im Vordergrund. Insbesondere im Amazonasgebiet engagiert sich die CPT zudem stark für die Bewahrung der Schöpfung und die Wiederherstellung der zerstörten Umwelt. ●





Professionalisierung und Spezialisierung Die 1980er und 1990er Jahre

Auch die 1970er Jahre konnten die Kluft zwischen den reichen und den armen Ländern nicht verringern. Im Gegenteil: Die Armut im Globalen Süden nahm weiter zu. In der Folge wurden Ansätze staatlicher Rahmenplanung verstärkt infrage gestellt. Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank verknüpften ihre Kredite an Entwicklungsländer nun an Strukturanpassungsmaßnahmen wie die Kürzung der Staatsausgaben, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen oder die Deregulierung von Märkten. Ziel war ein hohes Wirtschaftswachstum – und in der Folge eine Reduzierung der Armut. In der Praxis ging dieser Ansatz jedoch nicht auf.

Die kirchlichen Zentralstellen förderten daher zusätzlich Programme, die versuchten, die negativen Effekte dieser

teils verheerenden neoliberalen Politik zu kompensieren. Das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ wurde das leitende Motiv der Kooperation.

Mit der steigenden Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit wuchs auch die Notwendigkeit der Professionalisierung. Die gestiegenen Anforderungen und die Komplexität der Probleme forderten die kirchlichen Zentralstellen und ihre Partnerorganisationen zur Weiterentwicklung ihrer professionellen Kompetenz heraus.

Immer deutlicher trat hervor, dass die Armut des Südens auch auf den Lebensstil des Nordens zurückzuführen ist. Auf Grundlage des „Brundtland-Berichtes“ von 1987



etablierte sich in den 1990er Jahren die Idee der nachhaltigen Entwicklung. Diese hatte 1992 ihren Durchbruch auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro.

Es zeigte sich, dass die Welt keineswegs friedlicher geworden war. Im Gegenteil: Vielerorts entstanden neue Konflikte, die zu Krieg und Bürgerkrieg, Verletzung der Menschenrechte, Staatszerfall, Flüchtlingselend und Genozid führten.

Neue Themen wurden in ihrer entwicklungspolitischen Relevanz erkannt und bearbeitet: Demokratie, Menschenrechte, Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktlösung, aber auch HIV/Aids, ökologische Nachhaltigkeit sowie globale Strukturpolitik und Kapitalismuskritik.

Als eine weitere zentrale Herausforderung für die kirchlichen Entwicklungswerke stellten sich Flucht und Migration heraus. Menschen verließen ihre Heimat wegen Krieg und Verfolgung, aus politischen Gründen, wegen

fehlender Zukunftsperspektiven, aber in zunehmendem Maße auch, weil die Folgen des Klimawandels, wie Dürren und andere Naturkatastrophen, ihre Lebensgrundlagen zerstörten.

Als Mitglieder der Dachverbände APRODEV (Association of Protestant Development Organisations in Europe, heute ACT Alliance) und CIDSE (Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité) begannen die kirchlichen Entwicklungswerke, ihre Arbeit noch stärker mit anderen europäischen kirchlichen Hilfswerken zu vernetzen. Nicht zuletzt auf Initiative der Partnerorganisationen verstärkten sie ihre Lobby- und Advocacytätigkeit und setzten sich bei nationalen Regierungen und in internationalen Gremien für die Interessen der Menschen in den Entwicklungsländern ein. Neben der Solidarität mit in Armut lebenden Menschen strebten sie zunehmend nach globaler Gerechtigkeit, das heißt, sie stellten das Anrecht der Menschen im Globalen Süden auf gerechte politische und ökonomische Strukturen sowie auf faire Teilhabe an den Gütern der Welt in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. In der Projektförderung rückten die Verteilungsgerechtigkeit sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte in den Fokus (rechtebasierter Ansatz).



Für Frieden und Rechtsstaatlichkeit Die Organisation SERAPAZ

Seit Jahrzehnten befindet sich Mexiko in einer schweren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise. Mehr als 40 Prozent der Bevölkerung leben in Armut, die Kriminalitätsrate zählt zu den höchsten weltweit, die Rechtsstaatlichkeit weist gravierende Defizite auf. Akteur:innen und Netzwerke der organisierten Kriminalität sind in fast allen Bundesstaaten präsent und häufig mit staatlichen Akteur:innen verwoben. Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Verhaftungen, Folter, gewaltsames Verschwindenlassen, Mord und sexualisierte Gewalt sind weit verbreitet.

Die 1996 von Bischof Samuel Ruíz García gegründete Organisation Servicio y Asesoría Para La Paz (SERAPAZ) ist auf Konflikttransformation und Friedensförderung spezialisiert. Seit 2002 wird sie von Brot für die Welt/EZE gefördert. Bis heute setzt SERAPAZ darauf, durch die Stärkung von

sozialen Akteur:innen, die öffentlich für ihre Rechte eintreten und eigenständig Einfluss auf die Politik nehmen, langfristig zur Schaffung von Frieden beizutragen. Die Organisation unterstützt soziale Bewegungen, Menschenrechtsverteidiger:innen und indigene Gemeinden dabei, Ursachen für Konflikte zu identifizieren, und fördert Dialogprozesse zwischen Gemeinden und Regierungsinstanzen oder Unternehmen, zum Beispiel bei umstrittenen Infrastrukturprojekten. In Netzwerken engagiert sich SERAPAZ unter anderem gegen die Militarisierung der Sicherheitspolitik, fordert eine effektive staatliche Politik in Bezug auf den Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen und treibt die Implementierung von Gesetzen voran.

Beispielhaft für den Arbeitsansatz von SERAPAZ ist das langjährige Engagement zum Thema gewaltsames Verschwindenlassen. Seit ihrer Gründung begleitet die Organisation Angehörige verschwundener Personen und setzt sich mit ihnen gemeinsam für effektive Prävention, lückenlose Aufklärung und konsequente Strafverfolgung ein. Im Jahr 2015 führte dies zur Gründung der „Bewegung für unsere Verschwundenen in Mexiko“ (Movimiento por Nuestros Desaparecidos en México, MNDM). Das Netzwerk besteht mittlerweile aus 72 Familienkollektiven und Organisationen. Dank seiner Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit verabschiedete der mexikanische Kongress 2017 ein Gesetz gegen gewaltsames Verschwindenlassen, mit dem auch eine Nationale Suchkommission geschaffen wurde. ●





Globalisierung und Zivilgesellschaft Die Jahre seit 2000

Das neue Jahrtausend brachte für die internationale Zusammenarbeit einige Neuerungen mit sich, die bis in die heutige Zeit fortwirken. So wurden im September 2000 mit den Millennium Development Goals (MDGs) zum ersten Mal globale Entwicklungsziele formuliert. Allerdings gab es Kritik am Entstehungsprozess, da die Länder des Globalen Südens nur unzureichend einbezogen wurden, obwohl sie die primären Adressaten der Ziele waren. Überlagert wurde der Beginn des neuen Jahrtausends durch die Anschläge des 11. September 2001 und den dadurch ausgelösten „Krieg gegen den Terror“. Erneut schien es so, als müsse sich die internationale Entwicklungspolitik der Sicherheitspolitik unterordnen.

Die Bilanz der MDGs war durchwachsen: Das Ziel der Halbierung der Armut wurde bereits im Jahr 2010 erreicht. Wengleich dies ein großer Erfolg war, beruhte dieser jedoch vornehmlich auf der Adaption des westlich orientierten Wachstumsmodells. Zudem waren die Fortschritte bei der Armutsminderung ungleich verteilt. Einige Regionen, darunter Ostasien und Südostasien, schafften es, die Quote extremer Armut zu halbieren, während andere Regionen wie Afrika südlich der Sahara und Südasien noch immer deutlich davon entfernt sind.

Aufbauend auf den Millennium-Entwicklungszielen und im Einklang mit dem Pariser Klima-Abkommen



von 2015 wurden in der Agenda 2030 Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele in einem gemeinsamen Zielsystem vereint. Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) tragen hierbei den komplexen globalen Zusammenhängen und schwierigen Rahmenbedingungen Rechnung, denen sich die Entwicklungspolitik heute stellen muss: wirtschaftliche Ungleichheit, Klimawandel, Kriege, Gewalt, demografischer Wandel und gesellschaftlicher Zerfall.

Eine zentrale Herausforderung sehen die kirchlichen Zentralstellen in den Gefahren, die sich aus dem vom Menschen verursachten Klimawandel und der Überschreitung der planetarischen Belastungsgrenzen ergeben. Die Folgen des Klimawandels und des Raubbaus an der Natur werden vor allem von den armen und ausgegrenzten Menschen im Globalen Süden getragen, während die Verursachenden eher im Globalen Norden zu finden sind. Doch auch die Schwellenländer, die ebenfalls zu den Leidtragenden dieser Entwicklung zählen, reihen sich zunehmend in die Gruppe der Verursacher

ein. Für die kirchlichen Entwicklungswerke ist damit die Frage nach der Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftsmodells und unserer Lebensstile mit der Frage der Ressourcen- und Klimagerechtigkeit verknüpft. Um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen und dabei die planetaren Grenzen nicht zu überschreiten, muss eine strukturelle Transformation hin zu ökologischem Wirtschaften erfolgen.

Die Agenda 2030 nimmt explizit alle Staaten, Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer, in die Verantwortung für eine globale Partnerschaft. Die Sphären von Wirtschaft, Ökologie, Sozialem, Politik und Kultur sind in hohem Maße global und interdependent geworden. Das Handeln transnationaler Konzerne gerät immer stärker in den Blick. Menschenrechtlich, ökologisch und sozial korrekte Lieferketten von Großkonzernen stehen nunmehr im Blickpunkt der Arbeit der Werke und ihrer Partner. Nichtregierungsorganisationen, und besonders sichtbar hierbei die kirchlichen Entwicklungswerke, spielen nach wie vor eine wichtige Rolle in der Lobby- und Kampagnenarbeit.



Klimawandel und Gewalt trotzen **Die Union Fraternelles des Croyants de Dori (UFC Dori)**

Seit 1985 fördert Misereor/KZE die Arbeit der „Union Fraternelles des Croyants de Dori“ (UFC Dori), der Geschwisterlichen Vereinigung der Gläubigen von Dori, einem Zusammenschluss von Christ:innen und Muslim:innen in Burkina Faso. Die Organisation engagiert sich in den Bereichen Anpassung an den Klimawandel, Desertifikationsbekämpfung und nachhaltige Agro-Forstwirtschaft zur Ernährungs- und Einkommenssicherung. Zugleich versucht sie, einen Beitrag zum Frieden und zur Konflikttransformation zu leisten.

Ein zentrales Element des Projektes ist die Nutzung sogenannter Boulis zur nachhaltigen Bewirtschaftung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen. Dabei handelt es sich um künstlich angelegte Seen mit einem Durchmesser von 50 bis 70 Metern und einer Tiefe von 7 bis 9 Metern, die bis zu 24.000 Kubikmeter Wasser speichern können. Die Boulis dienen nicht nur der landwirtschaftlichen Bewässerung, sie bilden darüber hinaus so etwas wie kleine Oasen. Die dortige Vegetation schützt vor der fortschreitenden Desertifikation in der Sahelregion. Um die Nachhaltigkeit ihrer Arbeit zu sichern, führt UFC Dori Bildungs- und Schulungsmaßnahmen durch, die den Gemeinschaften das nötige Wissen vermitteln, damit sie die Boulis und das Land selbständig bewirtschaften können.

Inzwischen sieht UFC Dori diese Arbeit auch als wichtigen Baustein zur Gewaltprävention: In den vergangenen Jahren haben Angriffe, Terrorattentate und Entführungen von Zivilist:innen in der Sahelregion



stetig zugenommen. Die allgemeine Unsicherheit führt zu einer immer schlechter werdenden Wirtschaftslage. Viele Menschen fliehen aus der Region, aus Angst und weil ihre Existenzgrundlagen wegbrechen. Obwohl beziehungsweise gerade weil UFC Dori als Beispiel der friedlichen Zusammenarbeit zwischen Muslim:innen und Christ:innen eine potentielle Zielscheibe islamistischer Terrorgruppen geworden ist, setzt die Organisation auf die alt bewährten Strategien Aufklärung, Einübung der Dialogbereitschaft sowie Ausbildung für bessere Zukunftsperspektiven. Ziel ist es, mit dieser Arbeit ein Zeichen gegen den religiös begründeten Extremismus und gegen alle anderen Formen von gewaltsamem Radikalismus zu setzen und wieder mehr Stabilität in die Region zu bringen.



Als eine der großen globalen Entwicklungen im neuen Jahrtausend ist die Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume („Shrinking Spaces“) auch für die Entwicklungszusammenarbeit zu einer großen Herausforderung geworden. Autoritäre Regierungen behindern und verfolgen zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die sie als Bedrohung ihrer Macht wahrnehmen. Kontrollmechanismen und bürokratische Auflagen lähmen Partnerorganisationen. Immer wieder kommt es zu Problemen im Transfer von Projektmitteln. Bedrohung und Diffamierung gehören nicht selten zum Alltag. Gleichzeitig kommen gerade unter solchen Rahmenbedingungen Stärken der Arbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Partnern zum Tragen: Sie sind gut vernetzt und verfügen als Einheimische über die notwendige kulturelle Kompetenz, um selbst dann noch Handlungsräume für Entwicklungsarbeit zu öffnen, wenn dies von außen betrachtet kaum noch möglich erscheint.

Während die Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume und gewaltsame Konflikte im

letzten Jahrzehnt für die Entwicklungswerke und ihre Partnerorganisationen zur bedauerlichen Normalität geworden sind, hat die COVID-19-Pandemie die Entwicklungszusammenarbeit über Nacht vor neue Herausforderungen gestellt. Die Auswirkungen der Pandemie vertiefen bestehende Ungleichheiten sowie alle Formen der Diskriminierung und Stigmatisierung. Die Eindämmungsmaßnahmen haben Armut und Hunger wieder wachsen lassen, vor allem unter benachteiligten Gruppen. Erfolge im Bereich der Armut- und Hungerbekämpfung, die mühsam über Jahrzehnte erzielt wurden, drohen zunichte gemacht zu werden. Gleichzeitig sieht sich der Globale Süden der größten Gesundheitskrise seit Jahrzehnten gegenüber. In vielen Ländern sind die Gesundheitssysteme dem Infektionsgeschehen nicht gewachsen, es mangelt an medizinischem und pflegerischem Personal, finanziellen Mitteln sowie der Verfügbarkeit von Medikamenten, Schutzkleidung und medizinischen Geräten. Besonders deutlich tritt dies auf dem afrikanischen Kontinent zum Vorschein.

Der Pandemie Einhalt gebieten Das Deutsche Institut für Ärztliche Mission (DIFÄM)

Um ihre Partnerorganisationen bei der Ausarbeitung und Umsetzung länderspezifischer Antworten auf die Pandemie zu unterstützen, haben Brot für die Welt/EZE und sein Partner, das Deutsche Institut für Ärztliche Mission e. V. (DIFÄM), 2020 und 2021 zwei Projekte in herausgehobenem finanziellem Umfang bewilligt. Beim ersten Projekt handelt es sich um ein regionales Vorhaben in 20 afrikanischen Ländern zur Unterstützung von ca. 2.000 Gesundheitseinrichtungen (darunter 250 Krankenhäusern), 20 überwiegend christlichen Gesundheitsverbänden sowie fünf Zentralapotheken und pharmazeutischen Institutionen. Das Projekt umfasst drei Komponenten:



Neben den genannten negativen hatte die Pandemie jedoch auch positive Folgen für die Entwicklungszusammenarbeit: Digitale Kommunikationstools sind heute weit verbreitet. Zwar bleibt der persönliche Kontakt wichtig, gerade in der zivilgesellschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit, die den Anspruch hat, nah an den Zielgruppen zu sein. Und doch hat der Digitalisierungsprozess auch neue Räume eröffnet:



1. Prävention und Behandlung; 2. Beschaffung medizinisch-pharmazeutischer Güter (z.B. Schutzausrüstung und Sauerstoffgeräte); 3. Kapazitätsstärkung durch E-Learning-Angebote. Das zweite Projekt führt mit 15 Partnerorganisationen in Afrika und einer Organisation in Haiti die ersten beiden Komponenten fort, wobei vor allem die Förderung der Impfbereitschaft des Gesundheitspersonals und der Bevölkerung durch Sensibilisierungskampagnen und die Befähigung der Gesundheitseinrichtungen zur Beteiligung an Impfprogrammen im Mittelpunkt der Arbeit stehen.

Angesichts der Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume und zunehmender Gewalt werden Präsenzveranstaltungen vielerorts schwieriger und risikoreicher. Digitale Formate bieten hier zusätzliche Optionen. Neue Herausforderungen stellen sich dagegen in Bezug auf Datensicherheit und vertrauliche Kommunikation. Diesen müssen sich Partner und kirchliche Werke gemeinsam stellen. ●



Für ein Leben in Würde Resümee und Ausblick

Der Überblick über sechs Jahrzehnte kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit hat anhand exemplarischer Projekte gezeigt, wie sich die Zusammenarbeit der kirchlichen Zentralstellen mit Partnern thematisch weiterentwickelt hat und wie die sich verändernden Rahmenbedingungen die Erfüllung ihres Mandats geprägt haben. Die Anfänge der Kooperation zwischen Staat und kirchlichen Zentralstellen lagen in der Zeit des Kalten Krieges. Die aktuellen Herausforderungen verlaufen schon lange nicht mehr zwischen Ländern des Südens und des Nordens, sondern verbinden diese: Klimawandel, Migration, Digitalisierung sowie zunehmende Ungleichheit.

Angesichts weltweiter Machtverschiebungen und globaler Herausforderungen bedarf es neuer Ansätze. Klimakrise, digitale Transformation, Fragilität, Konflikte und hiermit eng verbunden Flucht, Migration und die Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume sind die

Elemente, die Entwicklungsvorhaben heute maßgeblich prägen. Die weltweiten Herausforderungen zeigen auch, dass die Entwicklungszusammenarbeit nichts von ihrer Relevanz eingebüßt hat.

Der beispielhafte geschichtliche Abriss macht des Weiteren deutlich: Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit wirkt über und durch zivilgesellschaftliche und kirchliche Partner. Diese Arbeit ist aber in Gefahr, wenn die Handlungsräume für Zivilgesellschaft drastisch eingeschränkt werden. Das gilt für die politisch intendierten Einschränkungen ebenso wie für die Arbeit in von Fragilität und Gewalt geprägten Kontexten.

Seit 2020 kam global eine neue Erfahrung dazu: Die Pandemie ist nicht nur eine Bremse für die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele, sie bewirkt nicht nur mehr Armut und Hunger. Sie hat auch das

Miteinander von Menschen und damit das angegriffen, was Zivilgesellschaft zum Leben braucht.

Gleichzeitig hat die digitale Transformation – beschleunigt durch die Pandemie – die Lebenswelt der Menschen verändert. Heute ist die Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien für viele Partnerorganisationen weltweit Alltag. Diese neuen Technologien ermöglichen nahezu unbegrenzten Zugang zu Information, Vernetzung, Transparenz und Beteiligung und öffnen zugleich viele Möglichkeiten der Beeinflussung und Fehlinformation.

Die kirchlichen Werke besitzen ein breites Spektrum an Netzwerken, Partnern und Themen – global und lokal. Dies ermöglicht es ihnen, eine relevante entwicklungspolitische Lobbyarbeit in Deutschland zu verfolgen. Sie sind in der Lage, Fachdebatten kenntnisreich zu führen und so das Regierungshandeln zu beeinflussen. Gleichzeitig sorgen sie mit einer engagierten Öffentlichkeitsarbeit dafür, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung mit diesen Themen beschäftigt.



Die Kooperation von Staat und Kirche in der Entwicklungszusammenarbeit hat ihre spezifische Bedeutung unter anderem darin, dass der Staat entwicklungspolitische Ziele in Zusammenarbeit mit den kirchlichen Zentralstellen verlässlich und wirksam erreichen kann, dass die kirchlichen Werke enge und langjährige Partnerschaften in vielen Ländern der Welt haben, dass der Staat in der Regel solche Projekte der kirchlichen Zentralstellen fördert, die von lokalen Partnern durchgeführt werden, und dass Staat und kirchliche Zentralstellen in ihren inhaltlichen Perspektiven von Entwicklung, Armutsbekämpfung und Gerechtigkeit weithin übereinstimmen.

Armutsbekämpfung, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind hierbei für die kirchlichen Zentralstellen nach wie vor zentrale Anliegen. Gemeinsam mit ihren Partnern schauen sie immer stärker auf die globalen Aufgaben, die nur gemeinsam gelöst werden können. Hierbei greifen sie auf die entsprechenden Netzwerke zurück, die sich auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene bilden, um sich gemeinsam strukturellen Fragen zu widmen. Zentrales Anliegen ist es, für alle Menschen ein Leben in Würde, Rechtssicherheit und Frieden zu verwirklichen. ●

Brot für die Welt

Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon 030 65211 4711
kontakt@brot-fuer-die-welt.de

Spendenkonto

Brot für die Welt
Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00

www.brot-fuer-die-welt.de

Bischöfliches Hilfswerk

Misereor e. V.

Geschäftsstelle Aachen
Mozartstr. 9
52064 Aachen

Telefon 0241 442 0
info@misereor.de

Spendenkonto

Misereor
Pax-Bank Aachen
IBAN: DE75 3706 0193 0000 1010 10

www.misereor.de

Mitglied der
actalliance